

# Die japanische Sprachpolitik und ihr Einfluss auf die Ryūkyūvarietäten

TAKADA Tayo  
Universität Hamburg  
Doshisha University, Kyōto

## 1. Einleitung

Die südlichste Präfektur Japans, Okinawa, und die Inselgruppe Amami nördlich davon bildeten von 1429 bis zur Annexion durch Japan 1872 für fast 450 Jahre das de jure unabhängige Königreich Ryūkyū. De facto war es Zeit seines Bestehens Vasallenstaat Chinas (1422–1872) und etwa die Hälfte der Zeit Vasallenstaat Japans (1609–1872). Ein Vasallenstaat Chinas zu sein hieß allerdings nichts weiter als die Hegemonialmacht des chinesischen Kaisers anzuerkennen und ging mit dem Privileg einher, mit China Handel treiben zu dürfen. Für Vasallen Japans waren die Steuern relativ hoch; kulturell war das Königreich aber durchaus autonom.

Damit war es mit der Annexion 1872 vorbei. Seit die Amerikaner ab 1853 Druck auf Japan ausübten, seine Häfen für den Handel zu öffnen, fürchtete Japan eine Invasion. Okinawa galt als „Südliches Tor zum Kaiserreich“ (*teikoku no nanmon*; Yomiuri Shimbun 26.05.2006). Invasoren müssten, so hofften die Generäle, auf dem Weg nach Japan durch dieses Tor schreiten. Falls es zum Kampf käme, dann in sicherer Entfernung zur Hauptstadt. Tatsächlich fand die einzige Schlacht auf japanischem Grund im Zweiten Weltkrieg auf Okinawa statt. 150.000 Zivilisten, ein Drittel der damaligen Bevölkerung Okinawas, starben (Heinrich 2007a: 268). Das ehemalige Königreich Ryūkyū fiel an die Amerikaner.

1947 trat die sogenannte Friedensverfassung in Kraft, in der Japan auf das Recht Krieg zu führen verzichtet. Noch im selben Jahr signalisierte der damalige japanische Außenminister Ashida Hitoshi, man könne den USA über das Ende der Besatzung hinaus Land für Militärstützpunkte zur Verfügung zu stellen, wenn diese sich im Gegenzug bereit erklärten, im Falle eines Angriffs Beistand zu leisten

(Tsuchiyama 2000: 139). Obwohl Okinawa nur 0,6 % der Fläche Japans ausmacht, stellt die Präfektur bis heute 75 % des versprochenen Landes, was 20 % der gesamten Inselfläche entspricht.

Okinawa ist damit seit bald 140 Jahren unfreiwillig Zentrum der japanischen Sicherheitspolitik: Grenzposten im Imperialismus, Kriegsschauplatz im Zweiten Weltkrieg und seither Heimat der amerikanischen Soldaten, die von Okinawa aus den Koreakrieg (1950–1953) und Vietnamkrieg (1965–1975) führten.

Auch Sprache und Kultur der Ryūkyūinseln fielen der Geschichte zum Opfer. 2009 nahm die UNESCO sechs Varietäten, die noch vereinzelt auf dem Gebiet des ehemaligen Königreichs Ryūkyū gesprochen werden, in ihren Atlas der vom Aussterben bedrohten Sprachen auf. Die Ursache dafür, dass immer weniger Ryūkyūaner diese Varietäten beherrschen, ist die repressive japanische Sprachpolitik, die wiederum nur vor dem geschichtlichen Hintergrund von Imperialismus, Zweitem Weltkrieg und amerikanischer Besatzung zu erklären ist.

## 2. Ryūkyūsprachen oder Ryūkyūdialekte?

Varietät ist der politisch neutrale Überbegriff für Sprachen und Dialekte. Ob eine Varietät dem Volksmund als Sprache oder Dialekt gilt, hängt häufig von den politischen Gegebenheiten ab. Ein intuitiv sinnvolles Kriterium zur Unterscheidung ist die wechselseitige Verständlichkeit: Wenn sich Sprecher zweier Varietäten nicht verstehen, sprechen sie verschiedene Sprachen.

In der Praxis fällt die Unterscheidung meist deutlich schwerer. Dänen, Schweden und Norweger verstehen einander und sprechen dennoch unterschiedliche Sprachen. Wenn es sich nicht um die Nationalsprachen unabhängiger Staaten handelte, würde man wohl von *einer* Sprache sprechen. Andersherum mag einen Norddeutschen in der Schweiz der Eindruck beschleichen, er verstehe „kein Wort“, dabei sprechen beide die selbe Sprache.

Im letzteren Fall spricht man von einem Dialektkontinuum. Der Norddeutsche versteht vielleicht den Schweizer nicht, der Schweizer aber den Schwaben, der Schwabe den Hessen, der Hesse dann endlich den Rheinländer, so dass sich zumindest benachbarte Regionen

verständigen können. Auch dies ist jedoch kein absolutes Kriterium, denn Dialektkontinua erstrecken sich häufig über Staatsgrenzen hinweg (zum Beispiel von Süditalien bis nach Nordfrankreich und von Österreich über Deutschland bis in die Niederlande).

Es ist nicht ohne Ironie, dass die Sprachwissenschaft die Definition ihres Untersuchungsgegenstands der Politik überlässt. Diesen Eindruck fasste Max Weinreich, Professor für Literaturgeschichte in New York, 1945 mit dem vielzitierten Satz zusammen, eine Sprache sei ein Dialekt mit einer Armee und einer Marine (Kortmann 2004: 225).

Im Falle der Ryūkyūvarietäten ist die Frage, ob es sich um Sprachen oder um Dialekte handelt, bis heute heftig umstritten. Offenkundig um der Annexion Legitimität zu verleihen, behauptete Anfang der 1870er Jahre ein Beamter des Außenministeriums, Matsuda Michiyuki, es handele sich um Dialekte des Japanischen. Der erste ausgebildete Sprachwissenschaftler, der sich mit den Ryūkyūvarietäten beschäftigte, war der Brite Basil Hall Chamberlain, der gleichzeitig der erste Professor für Linguistik an der Kaiserlichen Universität zu Tōkyō (der heutigen Tōkyō Daigaku) war. Er ging davon aus, dass Japanisch und die Ryūkyūvarietäten von einer gemeinsamen Ursprache abstammen, die sich vor dem 7. Jahrhundert aufgespalten haben muss. Obwohl Chamberlain die Ryūkyūvarietäten als eigenständig erachtete, griff Tōjō Misao (1884–1966), der Begründer der japanischen Dialektologie, sein Argument vom gemeinsamen Ursprung auf und prägte den Begriff des „Großdialekts“ (*dai-hōgen*) für die Ryūkyūvarietäten. In der Tagespresse überwiegt bis heute die Bezeichnung Dialekte im Verhältnis 3:1, wie eine Zeitungsrecherche der größten japanischen Tageszeitung, der Yomiuri Shimbun, ergab.

Der bedeutendste deutsche Beitrag zum Diskurs stammt zweifelsohne von Patrick Heinrich, der überzeugend dafür plädiert, den Ryūkyūvarietäten den Status von eigenständigen Sprachen zuzuerkennen. Ein Kriterium ist für ihn, dass das Dialektkontinuum in Japan vom äußersten Norden der Hauptinsel Honshū bis in den äußersten Süden Kyūshū reicht, nach Okinawa hin jedoch unterbrochen ist. Weiterhin ist der Anteil etymologisch verwandter Begriffe, den sich das Hochjapanische und die Ryūkyūvarietät Miyako teilen, geringer als der von beispielsweise Englisch und Deutsch. Selbst Chamberlains These, die Ryūkyūvarietäten und Japanisch stammten von einer gemeinsamen Ursprache ab, ist möglicherweise falsch. Die Ryūkyūvarietäten könnten ebensogut durch Sprachkontakt entstan-

dene Kreolsprachen sein. Auch die Einschätzung der UNESCO, dass die Ryūkyūvarietäten vom Aussterben bedroht sind, beruht auf den Daten von Patrick Heinrich.

Heinrich (vorauss. 2010) kritisiert zurecht, dass viele Sprachwissenschaftler ohne vorherige Reflexion die politisch motivierte Bezeichnung „Dialekt“ übernehmen, was dazu führt, dass „falsche“ Ansichten nicht nur verbreitet werden, sondern ihnen auch ein scheinbar wissenschaftliches Prestige beigemessen wird, wodurch sie sich unbewusst zum Werkzeug politischer Interessen machen. Auch werden etwaige Wiederbelebungsversuche der vom Aussterben bedrohten Varietäten durch die Bezeichnung Dialekt erschwert, da Dialekte im Unterschied zu Sprachen nicht per se als schützenswert, sondern im Gegenteil als zu korrigierende Abweichung von der Norm gelten.

Die Bezeichnung „Sprachen“ zu verwenden, würde jedoch bedeuten, den gleichen Fehler zu begehen. Die einzige sprachwissenschaftlich korrekte Bezeichnung ist der neutrale Ausdruck „Varietät(en)“. Denn selbst wenn es in einer gigantischen statistischen Analyse möglich wäre, alle 6.000 Sprachen der Erde (von denen nur ein Bruchteil überhaupt verschriftet ist) zueinander in Beziehung zu setzen und die relativen Abstände zu ermitteln, müsste man immer noch eine willkürliche Grenze ziehen, da die Übergänge von Dialekt zu Sprache nun einmal fließend sind.

### 3. Die japanische Sprachpolitik

Die erste sprachpolitische Maßnahme war es also, die Ryūkyūvarietäten Anfang der 1870er Jahre zu Dialekten zu erklären. Wirkung entfaltete diese Maßnahme im Zusammenspiel mit der rapiden Modernisierung. Ebenso wie einige Jahre zuvor auf den Hauptinseln wurde auf Okinawa das Lehnswesen abgeschafft. Legislative, Exekutive und Erziehungswesen wurden komplett reformiert und Japanisch in allen neu entstehenden Institutionen zur Verkehrssprache erhoben. 1893, 1905 und 1908 gingen die *Ryūkyū Shimpū*, die *Okinawa Shimbun* sowie die *Okinawa Mainichi Shimbun* in Druck und selbstredend erscheinende Zeitungen nicht in Dialekten. Auch Literatur, Wissenschaft, offizielle Dokumente und Schilder wurden ausschließlich in Japanisch verfasst.

Sprache erfüllt in erster Linie kommunikative Funktionen. Aber die Ryūkyūvarietäten waren plötzlich nicht mehr in allen Lebenslagen funktional. Verschiedene Bereichen des öffentlichen Lebens verlangten fortan Japanischkenntnisse. Das Japanische selbst erlebte im Zuge der Modernisierung des Landes einen beispiellosen Wandel und erweiterte sein Vokabular mit der Aufnahme von Wissen aus dem Westen. Alles Moderne war folglich mit dem Japanischen assoziiert; mit den Ryūkyūvarietäten nur Althergebrachtes. Diese funktionalen Einschränkungen markieren bereits die erste Stufe eines sich anbahnenden Sprachwechsel, d. h. den Wechsel einer Sprachgemeinschaft von ihrer angestammten Varietät zum Japanischen.

Im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts war man sich weithin einig, dass jede Sprachgemeinschaft auch ihren eigenen Nationalstaat haben sollte. Im Umkehrschluss galt eine eigene Nationalsprache zu einer Grundvoraussetzung für eine Staatsgründung. Japan, das sich ab 1889 in der Meiji-Verfassung ebenfalls als Nationalstaat definierte, übernahm diese westliche Sprachideologie. Ueda Kazutoshi (1867–1967) hatte von 1890 bis 1894 als erster Japaner im Ausland Linguistik studiert. Ein folgenschwerer Auslandsaufenthalt: Ueda lernte in Leipzig und Berlin unter anderem bei Hermann Paul (1846–1921). Dessen Konzept einer „Gemeinsprache“ übersetzte Ueda ins Japanische mit *hyōjungo* (Eschbach-Szabo 1997: 257). Zurück in Japan machte sich Ueda für den Ausbau des Tōkyōter Dialekts zur Standardsprache stark, was 1916 offiziell beschlossen wurde. Bis dato war das Japanische als Nebeneinander vieler Varietäten mit teilweise markanten Unterschieden wahrgenommen worden. Den Japanischunterricht in der Schule nutzten die Staatsgründer fortan, um mit einer gemeinsamen Sprache als Basis eine kollektive Identität zu schaffen und die Bürger zu kaisertreuen Untertanen zu erziehen.

Als 1880 die allgemeine Schulpflicht eingeführt wurde, wurde Japanisch Unterrichtssprache. Hoch im Norden und tief im Süden Japans gab es eigene Dialekte, aber nur auf Okinawa war zweisprachiges Lehrmaterial nötig, das in einer fünfundzwanzigjährigen Übergangsphase von 1880–1905 verwendet wurde. Ab 1907 war das Sprechen von „Dialekten“ in der Schule verboten. Hier zeigt sich noch einmal, welche weitreichenden Folgen die Bezeichnung „Dialekt“ mit sich bringt: Psychologisch ist es etwas völlig anderes, Kindern das Sprechen von Dialekten zu untersagen oder ihnen ihre Muttersprache zu verbieten.

Um die Umsetzung des Dialektverbots zu garantieren, kamen von 1903 bis zur Rückgliederung Okinawas an Japan 1972 an den meisten Schulen sogenannte Dialektstrafzettel (*hōgen-fuda*) zum Einsatz. Wer in einer der lokalen Varietäten sprach, bekam einen Zettel um den Hals gehängt und musste, um ihn wieder loszuwerden, einen Klassenkameraden finden, der ebenfalls gegen das Dialektverbot verstieß. Man wollte erreichen, dass sich die Schüler gegenseitig kontrollierten. Doch reibungslos funktionierte das nicht. Schüler traten einander auf die Füße, um dem Gegenüber einen Schmerzensschrei in einer der lokalen Varietäten zu entlocken, Stärkere zwangen anderen die Zettel auf, Schwächere flüchteten sich auf dem Pausenhof in die Bäume oder verstummten zusehends, um nichts Falsches zu sagen. Von Lehrern verhängte Strafen reichten von schlechten Noten in Betragen bis zu folterähnlichen Körperstrafen wie dem Ausdrücken von Zigaretten an den Ohrläppchen (Kondō 2005: 7).

Es gab auch Faktoren, die den Druck auf Ryūkyūaner erhöhten, ihre lokalen Varietäten aufzugeben, und die nicht direkt mit der japanischen Sprachpolitik zu tun hatten. Mit Ende des Ersten Weltkriegs brachen die Preise für viele landwirtschaftliche Erzeugnisse ein und tausende okinawische Bauern setzten auf der Suche nach Arbeit auf die Hauptinseln über. Doch auch wenn ihnen die Meiji-Verfassung, anders als den Bürgern der Kolonien Taiwan und Korea, den Status von japanischen Staatsbürgern zusicherte, erkannte die nach militärischen Siegen zusehends nationalistische japanische Zivilgesellschaft sie dennoch nicht als vollwertige Japaner an. So war beispielsweise auf Anschlägen vor Fabriken zu lesen: „Koreaner und Ryūkyūaner nicht erwünscht“ (Clarke 1997: 212). Ryūkyūaner waren also motiviert, ihre Herkunft zu verbergen und das war nur mit Japanischkenntnissen auf muttersprachlichem Niveau möglich.

Ab 1931 sollte die Kampagne zur Durchsetzung der Standardsprache (*hyōjungo reikō undō*) sicherstellen, dass auch privat Japanisch gesprochen wurde. Unter anderem wurden die Okinawaer auf Plakaten dazu angehalten „Stets gut verständlich auf Hochjapanisch!“ zu sprechen oder „Mit der ganzen Familie auf Hochjapanisch!“ (Clarke 1997: 196) Dialektverbote und sogar Dialektstrafzettel hatte es auch an Schulen in anderen Präfekturen gegeben. Dass die Sprachpolitik sich erlaubte, in das Privatleben einzugreifen, ist sonst aber nur aus Kolonien wie Taiwan bekannt (Tai 1999: 518). Mit dem Ausbruch des zweiten Sino-Japanischen Krieges 1937 wurde öffentlichen Ämtern untersagt, Kundenanfragen, die in einer der lokalen Varietäten gestellt

wurden, zu beantworten. Wer am Arbeitsplatz eine der Ryūkyū-varietäten sprach, riskierte die Entlassung (Heinrich 2005).

Die Verfolgung der Ryūkyū-varietäten gipfelte darin, dass das japanische Militär vor der Schlacht um Okinawa kurz vor Kriegsende 1945 verkünden ließ, dass, wer eine andere als die Standardsprache (*hyōjungo*) spräche, als Spion erachtet und erschossen würde. Tatsächlich wurden Okinawaer umgebracht, nur weil sie in ihren lokalen Varietäten sprachen (Yomiuri Shimbun: 26.05.2006).

Während der 27 Jahre, in denen Okinawa besetzt war, versuchten die Amerikaner sich solche Ungerechtigkeiten zunutze zu machen und „eine kollektive Ryūkyū-Identität zu fördern“ (Heinrich 2007a: 269). Anfänglich verboten sie japanisches Lehrmaterial und versuchten ryūkyūisches zusammenzustellen. Doch die Lehrer, die bisher für die Umerziehung zum Japanischen gesorgt hatten, und speziell die Lehrbuchredaktion (*Kyōkasho henshū buin*) beharrten darauf, dass es unmöglich sei, auf Okinawisch zu schreiben. Tatsächlich existierte keine okinawische Schriftsprache, denn vor der Annexion war in offiziellen Dokumenten ausschließlich Chinesisch, später Japanisch benutzt worden. Der Vorstoß musste aufgegeben werden und ab 1951 wurde wieder japanisches Lehrmaterial importiert (Yomiuri Shimbun: 26.05.2006).

Die Amerikaner waren sich bei ihrer Unterstützung einer Unabhängigkeitsbewegung der Ryūkyūinseln selbst im Weg. Selbst verschuldete Missstände wie Beschlagnahmungen von Land für Militärstützpunkte, Prostitution und Umweltverschmutzung lösten einen japanischen Nationalismus auf Okinawa aus, der von Festlandjapan aus unterstützt wurde. Die Ryūkyū-varietäten wurden mit den Amerikanern assoziiert und Japanisch mauserte sich von der Sprache der Unterdrücker zum Symbol des Widerstands (Heinrich 2005).

Nach der Rückgliederung an Japan 1972 stellten die Okinawaer enttäuscht fest, dass die amerikanischen Militärstützpunkte blieben. Viele Okinawaer wendeten sich von Japan ab und bemühen sich seither, eine Ryūkyūidentität zu konstruieren. Kultur und Sprache der Ryūkyūinseln erfuhren eine Neubewertung und spätestens seit der besonders grausamen Vergewaltigung einer 12-Jährigen durch drei junge amerikanische Marinesoldaten 1995 verschaffen Okinawaer ihrer Forderung nach mehr Selbstbestimmung auf der Bühne der internationalen Politik Gehör. Nach Massendemonstrationen willigten die USA noch 1996 ein, 21 % der von Militärstützpunkten beanspruchten Fläche zurückzugeben. 2006 versprach Japan 6,1 Milliarden US Dollar

für die Verlagerung von 8.000 Marines von Okinawa nach Guam zu zahlen.

2000 gründete Miyara Shinshō, Professor für Linguistik an der Ryūkyū Daigaku, die „Gesellschaft zur Verbreitung der okinawischen Dialekte“ (*Okinawa hōgen fukyū kyōgikai*). Es ist bezeichnend, dass selbst die Aktivisten die politisch belastete Bezeichnung „Dialekte“ verwendeten. 2005 änderte die Gesellschaft ihren Namen in „Gesellschaft zur Wiederbelebung des Okinawischen“ (*Okinawago fukyū kyōgikai*).

Die Gesellschaft hat es sich zum Ziel gemacht, Okinawischunterricht an Grund- und Mittelschulen einzuführen. Dazu hat sie unter Miyaras Anleitung zunächst eine Orthographie entwickelt, Lehrmaterial erstellt und Lehrer ausgebildet. Weiterhin stimmte die Präfekturregierung zu, den 18. September zum Tag der Lokalsprachen zu machen. Die Gesellschaft bringt eine quartalsweise erscheinende Zeitung mit Nachrichten auf Okinawisch heraus und kreierte einen Anstecker, der signalisiert, dass der Träger nur auf Okinawisch angesprochen werden möchte.

#### 4. Fazit

Zweck des vorliegenden Aufsatzes ist es, auf die jüngere Geschichte der Ryūkyūinseln aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, dass die Varietäten, die dort bis zur Annexion 1872 ausschließlich gesprochen wurden, heute aufgrund der japanischen Sprachpolitik vom Aussterben bedroht sind. Falls diese Arbeit etwas zum Diskurs beitragen kann, dann vielleicht den Aufruf, Sprachwissenschaftler mögen die politisch neutrale Bezeichnung Varietäten (japanisch: *benshu*) nutzen.

Gleichzeitig müssen sich die Aktivisten der Sprachrettungsbewegung bewusst machen, dass ihre Forderung, Okinawisch an Grund- und Mittelschulen einzuführen, nicht in einem politischen Vakuum geschieht. Die Aufwertung von Kultur und Sprache der Ryūkyūinseln, der Versuch eine Ryūkyūidentität zu konstruieren, die Forderung nach mehr Selbstbestimmung – das alles sind typische Prozesse einer Nationenwerdung und müssen der Zentralregierung wie der Beginn separatistischer Strömungen vorkommen. Am 2. Juni



2010 musste der japanische Premierminister Hatoyama Yukio seinen Rücktritt bekanntgeben, weil er sein Wahlversprechen, die amerikanischen Militärstützpunkte von Okinawa zu verlagern, nicht halten konnte. Er konnte dieses Versprechen nicht halten, weil er damit die US–Japanische Allianz gefährdet hätte, auf der die Sicherheitspolitik der gesamten Region fußt.

#### Literaturverzeichnis

- Clarke, Hugh (1997): The Great Dialect Debate. The State and Language Policy in Okinawa. In: Tipton, Elise K. (Hg.): *Society and the State in Interwar Japan*. London: Routledge, S. 193–217.
- Eschbach-Szabo, Viktoria (1997): Ueda Kazutoshi und die moderne japanische Sprachwissenschaft. In: Naguschewski, Dirk und Trabant, Jürgen (Hg.): *Was heißt hier „fremd“? Studien zu Sprache und Fremdheit*. Berlin: Akademie Verlag, S. 253–265.
- Heinrich, Patrick (2005): Language Loss and Language Revitalization in the Ryukyu Islands. In: *Japan Focus*. <http://www.japanfocus.org/-Patrick-Heinrich/1596> (Zugriff am 13.02.2010).
- Heinrich, Patrick (2007a): „Gebt Okinawa zurück!“. Identitätsdiskurse und politische Protest(lich)kultur in Okinawa. In: Butler, Martin und Pointner, Frank Erik (Hg.): *„Da habt Ihr es, das Argument der Straße“: Kulturwissenschaftliche Studien zum politischen Lied*. Trier: WVT Wissenschaftlicher Verlag Trier, S. 267–280.
- Heinrich, Patrick (2007b): *Look Who’s Talking. Language Choices in the Ryukyu Islands*. Essen: LAUD.
- Heinrich, Patrick (2008a): Establishing Okinawan Heritage Language Education. In: Heinrich, Patrick und Yuko Sugita (Hg.): *Japanese as Foreign Language in the Age of Globalization*. München: Iudicium, S. 65–86.
- Heinrich, Patrick (2008b): Casting Light on the Past: Lessons on the Origin and Formation of Japanese Ryūkyūan. In: Ölschleger, Hans Dieter (Hg.): *Theories and Methods in Japanese Studies: Current State and Future Developments*. Göttingen, S. 185–204.
- Heinrich, Patrick (vorauss. 2010): *Ryūkyū no gengo wa „hōgen“ dewa nai* [Die Ryūkyūsprachen sind keine „Dialekte“]. Tōkyō: Sangensha.

- Kondō, Ken'ichirō (2005): Kindai Okinawa ni okeru hōgenfuda no jittai. Kinjirareta kotoba [Die Wahrheit über den Dialekt-Strafzettel im modernen Okinawa. Die verbotene Sprache]. In: *Bulletin of the Faculty of Letters, Aichi Prefectural University* 53, S. 3–14.
- Kortmann, Bernd (2005): *Linguistik: Essentials*. Berlin: Cornelsen.
- Tai, Eika (1999): Kokugo and Colonial Education in Taiwan. In: *east asia cultures critique* 7, 2 (Herbst), S. 503–540.
- Tsuchiyama, Jitsuo (2000): Ironies in Japanese Defense and Disarmament Policy. In: Inoguchi, Takashi and Jain Purnendra (ed.): *Japanese Foreign Policy Today*. New York: Palgrave, p.136–151.
- Yomiuri Shimbun (26.05.2006): „Ryūkyū no ne“ nakusu na [Reiß sie nicht aus, die „Wurzel der Ryūkyūinseln“], S. 25, Morgenblatt.